

Lothar Mulch  
Obertorstr.26  
35578 Wetzlar

Eingegangen am:  
20. Jan. 2025  
-Kreisgrenzen und Öffentlichkeitsarbeit-



Kreistagsfraktion AfD Lahn-Dill-Kreis

Lothar Mulch-Obertorstr.26-35578 Wetzlar  
Büro der Kreisorgane  
Herr Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann  
Karl-Kellner-Ring 51  
35576 Wetzlar

12.01.2025

### **Resolutionsantrag der AfD-Fraktion „Konsequente Migrationspolitik“**

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,

ich bitte Sie, den nachfolgenden Resolutionsantrag der Fraktion der Alternative für Deutschland auf die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 10.02.2025 zu nehmen.

Resolutionsantrag:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises appelliert an die Hessische Landesregierung, erhöhte Anstrengungen im Bereich der Abschiebung von zur Ausreise verpflichteten Personen zu unternehmen. Er bekräftigt die Aussage der Hessischen Landesregierung, dass derjenige der ausreisepflichtig ist, unser Land auch wieder verlassen muss.

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises appelliert an die Hessischen Ausländerbehörden, keine Duldungen für Flüchtlinge aus dem Herkunftsland Syrien zu verlängern. Er appelliert zudem an die Bundesregierung, die Rückkehr der syrischen Migranten, die überwiegend lediglich subsidiären Schutz genossen, unverzüglich zu veranlassen und durchzusetzen.

Er appelliert an die Bundesregierung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine zumindest vorübergehende, aber sofortige Aussetzung des Familiennachzuges zu schaffen.

Der Kreistag teilt schließlich die Einschätzung der Hessischen Landesregierung, dass der Abschiebeflug, mit dem afghanische Straftäter im vergangenen Sommer zurück an den Hindukusch geflogen wurden, keine Eintagsfliege bleiben darf.

Begründung:

Wer zur Ausreise verpflichtet ist, muß gehen. Das ist ein Gebot der Konsequenz unseres Rechtsstaates. 85% der Menschen, die nach dieser Logik der Hessischen Landesregierung gehen müssen, weil sie zur Ausreise verpflichtet sind, sind nach wie vor hier und werden von uns mit hohem Millionenaufwand alimentiert, während allenthalben das Geld fehlt. Der Rechtsstaat handelt einmal mehr inkonsequent.

Die Verhältnisse in Syrien haben sich grundlegend geändert. Assad, vor dem nahezu eine Million syrischer Migranten in unser Land flohen, hat Syrien verlassen. Diese Menschen bedürfen unseres Schutzes und unserer Unterstützung nicht mehr. Sie haben Deutschland zu verlassen, um dabei mitzuwirken, ihre Heimat wieder aufzubauen und voranzubringen.

Die Aussicht, die Familie nachholen zu können, ist für viele Migranten, von denen die meisten auf der Suche nach dem besseren Leben illegal in unser Land gelangen, einer der wesentlichen Pull-Faktoren. Deutschland, seine Länder und seine Kommunen stehen vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen. Um diese zu meistern, werden wir alle finanziellen Mittel aufwenden müssen, die uns zur Verfügung stehen. Wir können in einer solchen dramatischen Situation nicht Milliarden Euro Schulden machen, um die Wohlfahrt von Millionen überwiegend kulturfremder Migranten zu ermöglichen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass kriminelle Migranten, die unser Gastrecht mißbrauchen und in vielen Fällen vom Geld unserer Bürgerinnen und Bürger leben, sofort abgeschoben werden müssen. Dabei darf sich diese Praxis nicht auf einen medienwirksam durchgeführten Abschiebeflug kurz vor einem Wahltermin beschränken. Wer in Deutschland Schutz gesucht und gefunden hat und eine Straftat begeht, muss abgeschoben werden.

Wir bitten um Zustimmung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Mulch', written in a cursive style.

Lothar Mulch (Vorsitzender der Fraktion der Alternative für Deutschland)